

KOMMENTAR

Chaos oder Novellierung

Andreas Schuster



Foto: Redaktion

Verkehrsteilnehmer diskutierten, forderten die Rücknahme von Bescheiden und die Rückgabe ihrer Fahrerlaubnis. Das ohnehin schon aggressive Verhalten uns gegenüber wurde teilweise zusätzlich angeheizt.

Es geht darum, schnellstmöglich wieder Rechtsklarheit herzustellen

Selbst wenn jetzt zumindest juristische Klarheit hergestellt werden sollte, ist noch nicht klar, wie die neue Straßenverkehrsordnung aussehen wird. Wird alles zurückgenommen und der alte Katalog gilt weiter? Oder werden nur Teile zurückgenommen oder gibt es evtl. sogar eine weitere Verschärfung (was ich nicht glaube)? Alles das wird derzeit im politischen Raum diskutiert.

Nach meiner Einschätzung der öffentlichen und internen Diskussion wird über die Erhöhung der Bußgelder wenig oder gar nicht diskutiert. Im Vergleich zu den anderen europäischen Ländern sind die Bußgelder in Deutschland immer noch sehr gering.

Anders ist die Diskussion bei dem früheren Aussprechen von Fahrverboten und dem Führerscheinentzug. Da gibt es viele Bürgerinnen und Bürger, aber auch Kolleginnen und Kollegen, die der Auffassung sind, diese Verschärfung führt zu Ungerechtigkeiten. Der Fakt an sich stimmt schon mal nicht. Wer zu schnell fährt, muss mit Sanktionen rechnen. Aber 21 km/h im innerstädtischen Bereich darüber und 1 Monat nicht fahren dürfen, bedeutet gerade in Flächenländern wie es nun mal Brandenburg ist, dass auch Arbeitsplätze gefährdet werden.

Ich weiß, jetzt wird wieder jemand sagen, dass hat der- oder diejenige vorher gewusst.

Dennoch ist die Frage, ob beim Einzug der Fahrerlaubnis eine solche Verschärfung angemessen ist.

Vor dem Hintergrund der Diskussionen zur Angemessenheit von Corona-Maßnahmen kommt damit eine neue Diskussion auf die Polizei zu.

Ganz wichtig ist für die Polizei, dass die Sanktionierung der Tatbestände der Nichtbildung bzw. des unerlaubten Befahrens von Rettungsgassen in der verschärften Form erhalten bleiben muss. Es gibt immer wieder Leute, die entweder eine Rettungsgasse blockieren oder sie sogar nutzen, um schneller voranzukommen und eher den Stau verlassen zu können. Hier muss weiterhin sanktioniert werden können. Dies war längst überfällig.

Ich bin gespannt, wie die politische Diskussion um die Novellierung der StVO ausgehen wird.

Unsere Kolleginnen und Kollegen erwarten Rechtsklarheit für polizeiliches Handeln. ■

Führerschein weg oder doch nicht?

Im April 2020 wurde die Straßenverkehrsordnung novelliert. Bereits zu diesem Zeitpunkt gab es in der Bevölkerung, aber auch in der Polizei, nicht wenige Diskussionen über Sinn und Unsinn dieser Novellierung. Was dann folgte, waren juristische Wirren und politisches Versagen. Und alles auf dem Rücken unserer Kolleginnen und Kollegen.

Oft wusste man schon nicht mehr, was jetzt eigentlich gültig ist. Jeden Tag konnte man in den Medien eine andere Aussage dazu erfahren. Die einen Politiker waren der Auffassung, es ist juristisch nicht zulässig und es sind Fehler bei der Novellierung vorgenommen worden. Die Novellierung müsse rückgängig gemacht werden. In der politischen Bewertung war man sich quer Beert über alle Parteien äußert uneins.

Das daraus folgende Chaos erlebten unsere Kolleginnen und Kollegen täglich auf der Straße.

Folgt uns auf
Instagram!



Die GdP Brandenburg ist ab sofort auch auf Instagram!

Euch erwarten mehr News und noch mehr Einblicke.

Wir freuen uns, wenn ihr folgt, liked und kommentiert


FACHAUSSCHÜSSE

Erste Sitzung des FA Arbeits- und Gesundheitsschutz – Was, ihn gibt's noch?

Grit Schulz-Radloff

Klar gibt es ihn noch. Bis dato zwar nur auf dem Papier, aber das wollen wir nun ändern. Bisher gingen die Mundwinkel nicht gerade nach oben, wenn man dieses Thema Arbeits- und Gesundheitsschutz anspricht. Das liegt sicher daran, dass wirklich viel Wissen im Kampf für bessere Arbeitsbedingungen erforderlich ist. Es wurde schon viel angesprochen (bspw. Sitze im Funkwagen), aber was ist daraus geworden? Die Notwendigkeit des Umdenkens oder Andersdenkens ist unumgänglich. Es dauert Jahre bis sich auf manchen Gebiet etwas tut. Da brauchen wir einen langen Atem und viel Ausdauer sowie Beharrlichkeit.

Am 22. Juni 2020 trafen sich die Mitglieder des Fachausschusses für Arbeits- und Gesundheitsschutz zur Wahl einer/eines Vorsitzenden und einer/eines Stellvertreters. Zur Wahl standen als Vorsitzende Grit Schulz-Radloff (KG BD) und als Stellvertreter Dominik Kaufhold (KG West). Die anwesenden Mitglieder des FA stimmten einstimmig beiden Vorschlägen zu. Danke für das Vertrauen. Ich hoffe wir erfüllen eure Erwartungen.

Nach der Wahl fand auch gleich die 1. FA-Sitzung statt. Natürlich ist es als Vorsitzende interessant zu wissen, welche Motivationen der Mitglieder dazu führten im FA mitzuarbeiten und welche Kenntnisse sie in Bezug auf Arbeits- und Gesundheitsschutz schon haben.

Auf der Tagesordnung stand die Erarbeitung eines Arbeitsplanes. Also ran ans Werk! So trugen wir gemeinsam erst einmal die mitgebrachten Schwerpunkte zusammen. Es waren nicht nur drei, sondern eine ganze Latte von Problemen.

Zusammengefasst sind das folgende:

- Umgang mit Asservaten, BTM (Transport und Lagerung),
- Zertifizierung der Ersthelferausbildung,
- Psychische Gefährdungs- und Belastungsbeurteilungen/Screening 2021,
- Hitzeschutz an Gebäuden,
- UV-Schutz/Sonnenbrillen/Hautschutz (auch Desinfektionsmittel mit Rückfettung),
- Fahrsicherheitstraining,
- Schadstoffbelastungen in Objekten und
- natürlich Fortbildung – wir müssen den gleichen Wissensstand haben

Für den Arbeitsplan 2020 wurden folgende Prioritäten festgelegt:

1. Zertifizierung der Ersthelferausbildung
2. Psychische Gefährdungs- und Belastungsbeurteilungen
3. Hitzeschutz an Gebäuden und UV-Schutz
4. Hautschutz (Sonnenschutz und Desinfektionsmittel mit rückfettender Wirkung)

Wir stehen erst am Anfang eines langen Weges. Klar ist, der Fachausschuss wird in diesem Jahr noch zweimal tagen, einmal im September sowie im Dezember. Für das kommende Jahr planen wir die Durchführung eines Seminars für den FA Arbeits- und Gesundheitsschutz.

Aufruf an Euch: Liebe Gewerkschaftsmitglieder, der Fachausschuss möchte den Arbeits- und Gesundheitsschutz wieder mehr in den Fokus rücken. Daher sind unsere Probleme, Gedanken und Meinungen sehr wichtig. Ihr könnt den Fachausschuss über die Geschäftsstelle der GdP erreichen. Sie leiten eure Anliegen an Dominik und mich weiter. ■

DP – Deutsche Polizei
Brandenburg

Geschäftsstelle
Großbeerenstraße 185, 14482 Potsdam
Telefon (0331) 74732-0
Telefax (0331) 74732-99
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Frank Schneider (V.i.S.d.P.)
Großbeerenstraße 185, 14482 Potsdam
Telefon (0331) 86620-40
Telefax (0331) 86620-46
PHPRMI@AOL.com



AKTUELLES

Aus der Arbeit des Polizei-Hauptpersonalrates

Thomas Kühne

Nachdem der P-HPR vor einem Jahr an dieser Stelle auf das erste Geschäftsjahr nach der letzten Personalratswahl zurückblickte, lässt er nun die wichtigsten Themen des zweiten Jahres Revue passieren.

Juni 2019

Innenminister Schröter erklärt im Monatsgespräch, dass zukünftig alle Bediensteten fast alles im elektronischen Warenhaus kaufen können. Dazu wird der ZDPol mit den erforderlichen Vorbereitungen zur Umsetzung betraut.

Im Zusammenhang mit der Einführung von Körperkameras weist der P-HPR auf die Notwendigkeit eines Rechte-Rollen-Konzepts, einer Datenschutzfolgeabschätzung, die Einbindung in die IT-Landschaft der Polizei sowie auf erforderliche Schulungsmaßnahmen hin.

Der P-HPR lehnt eine spezielle, von der allgemeinen Verwaltung abweichende Regelung zur Gewichtung von Einzelmerkmalen in der Beurteilung ab.

Juli 2019

Auf Anregung der GdP fordert der P-HPR mit einem Initiativantrag das MIK auf, wärmedämmende Maßnahmen an allen bestehenden Dienstgebäuden zu treffen und bei Neubauten, solche Maßnahmen bereits bei der Projektierung zu berücksichtigen. Nach der Annahme des Initiativantrages sind alle Personalräte aufgefordert, entsprechende Objekte zu benennen.

Darüber hinaus stimmt der Polizei-Hauptpersonalrat der Einführung von All Terrain Vehicles, umgangssprachlich Quad, als neues Einsatzmittel zu.

August 2019

Der P-HPR stimmt dem neuen Bekleidungskonzept zu. Jedoch sind noch einige Teilfragen zu klären. Erstmals setzt sich der P-HPR mit dem Verfahrenserlass zu einem Masterstudiengang K auseinander und stimmt einer Onlinebefragung im Zusammenhang mit der Digitalisierung im Straßenverkehr zu.

September 2019

Der P-HPR informiert sich über die Arbeit der Stabsstelle BOS, deren Ziel es ist, die Arbeit der Leitstellen- und Führungssysteme für die BOS in Brandenburg zu harmonisieren und eine hohe Verfügbarkeit zu sichern.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Anzahl von E-Fahrzeugen im Straßenverkehr thematisiert der P-HPR die Frage des Arbeitsschutzes bei der Bergung von und aus verunfallten Fahrzeugen; hier der Schutz vor elektrischen Schlägen.

November 2019

Nach intensiver Diskussion erarbeitete der P-HPR einen Katalog von Fragen und Problemen, die vor der Zustimmung zur Einführung des Masterstudiengangs K durch das MIK noch zu klären sind. Dem Antrag zu den beabsichtigten Beförderungen im höheren Dienst stimmt der P-HPR zu.

Dezember 2019

Des P-HPR beschließt auf Initiative der GdP-Fraktion, mit der „Dienstvereinbarung zur Finanzierung gesundheitsfördernder Maß-

nahmen“ am bundesweiten Wettbewerb zum Deutschen Personalräte-Preis teil zu nehmen.

Januar 2020

Vertreter des MIK informieren über den aktuellen Stand des Arbeitskreises „Sommerlicher Wärmeschutz“. An der Sitzung nehmen auch Vertreter der örtlichen Personalräte teil, die nicht im P-HPR vertreten sind.

Februar 2020

Auf Antrag der GdP-Fraktion bringt der P-HPR einen Initiativantrag zur Ausstattung der Bediensteten der Autobahnpolizei sowie des WWD mit reflektierender bzw. fluoreszierender Bekleidung auf den Weg. Dem war eine Begehung bei der Autobahnpolizei in der PD Ost unter Hinzuziehung von Vertretern des KSG sowie eines Arbeitsmediziners vorausgegangen.

Ein weiterer Initiativantrag, ebenfalls von der GdP-Fraktion beantragt, befasst sich mit der Durchführung eines Screening-Verfahrens 2.o. Vor rund zehn Jahren wurde eine flächendeckende Befragung mit dem Ziel einer Arbeits- und Belastungsanalyse durchgeführt. Ziel der erneuten Befragung ist, die Umsetzung und Wirksamkeit der damals gewonnenen Erkenntnisse und eingeleiteten Maßnahmen zu überprüfen.

März 2020

Der Polizei-Hauptpersonalrat befasst sich erneut mit der Umsetzung von Projekten im Zusammenhang mit der Dienstvereinbarung zu gesundheitsfördernden Maßnahmen in der Polizei und kritisiert, dass von zwei Dienst-



stellen keine Projektanträge vorliegen, während andere Dienststellen Vorschläge im Gesamtwert von 252.000,- € eingereicht haben. Ebenfalls auf der Tagesordnung stehen die bisher eingeleiteten Maßnahmen zum sommerlichen Wärmeschutz.

Als neues Format der Zusammenarbeit treffen sich Vertreter aller Personalräte zu einer gemeinsamen Konferenz. Themen sind die erwartete Novellierung des Personalvertretungsgesetzes, der Aufbau eines Wissensspeichers für Personalräte, die Arbeit der Servicestellen sowie die Umsetzung von Maßnahmen zur Gesundheitsförderung.

April 2020

Auf Grund der Coronakrise finden die Sitzungen des P-HPR sowie die Erörterungen mit dem MIK erstmalig als TSK statt. Neben den Auswirkungen von Corona auf die tägliche Dienstgestaltung befasst sich der P-HPR mit einer Beschwerde über die Arbeitsbedingungen in einem Bereich des LKA sowie der Beschwerde einer Kollegin.

Mai 2020

Im Rahmen des Monatsgespräches lobt der P-HPR die Anstrengungen des ZDPol und der Dienststellen bei der Beschaffung von Atemschutzmasken und anderen Materialien zum Schutz vor Corona. Gegenüber dem Staatssekretär untermauert der P-HPR aber auch die zwingende Notwendigkeit der Einstellung von Verwaltungspersonal. Auf die nach wie vor ausstehenden Entscheidungen zur Besetzung von Spitzenfunktionen in der Polizei verwies der Staatssekretär auf die anstehende Bereisung der Dienststellen durch den Innenminister.

Juni 2020

Mit der Verabschiedung des Referatsleiters 43 geht auch eine Ära zu ende. Herr Küppers bedankt sich für die jahrelange, manches Mal strittige, aber immer konstruktive Zusammenarbeit. Insbesondere, dass man im P-HPR auch mal „laut denken“ konnte,

machte die Arbeit, so Herr Küppers, durchaus angenehm.

Nach umfangreicher Erörterung stimmt der P-HPR der Wirkbetriebsaufnahme PIAV Stufe 3 und 4 sowie eFBS zu. ■

Nachruf

Mit Erschütterung haben wir vom plötzlichen Tod unserer noch so jungen Kollegin **Polizeikommissarin Elena Rolfes** erfahren. Unser aufrichtiges Beileid gilt ihrer Familie. ■

Im Namen der GdP Kreisgruppe PD Nord Katy Kallweit Neuruppin im Juli 2020



Foto: Redaktion

KREISGRUPPE NORD

Vorbereitung auf den Ruhestand

Katy Kallweit

Hiermit laden wir interessierte GdP-Mitglieder zur Informationsveranstaltung „Vorbereitung auf den Ruhestand“ ein. Aufgrund des großen Interesses und der immer schnell ausgebuchten, gleichlautenden Seminare unseres GdP Bildungswerks e.V. möchten wir euch, liebe Kreisgruppenmitglieder, als GdP Kreisgruppe PD Nord, Informationen zu diesem wichtigen Thema an die Hand geben. Folgenden Termin können wir euch anbieten:

Mittwoch, 23. September 2020, 15.00 Uhr in der Gaststätte „Mühlenseeschänke“ in 16559 Liebenwalde, Seepromenade 27

Themenschwerpunkte:

- Beamtenrechtliche Versorgung: Welche Ansprüche habe ich?
- private Krankenversicherung und Beihilfe: Worauf muss ich achten?
- beamtenrechtliche Pflichten als Ruheständler

Um vorherige Anmeldung wird gebeten! Anmeldung unter: kgnord@web.de oder katy.kallweit@polizei.brandenburg.de bzw. Tel.: 03876-715-2070 oder frank.wiesner@polizei.brandenburg.de bzw. Tel.: 03391-354-2070 ■

KREISGRUPPE NORD

GdP-Ball verschoben!

Frank Wiesner

24. Polizeifest der GdP KG PD Nord

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser diesjähriges Polizeifest, was für den 21. November 2020 geplant war, wird aufgrund der derzeitigen „Corona“-Situation auf das nächste Jahr verschoben. Bitte merkt euch den 27. März 2021 schon mal vor. Dann hoffentlich wie gewohnt in Rheinsberg, Haus Rheinsberg Hotel am See, Donnersmarckweg 1.

Wir hoffen auf euer Verständnis. Anfang des nächsten Jahres sagen wir euch rechtzeitig zwecks Kartenbestellung und Zimmerreservierung Bescheid.

Eintrittspreise: für GdP Mitglieder (und Partner) 30 € pro Person, ansonsten 35 €. ■



AKTUELLES

Gespräch mit dem Innenminister

Maria Dietrich

Foto: Maria Dietrich



In unserer Landesvorstandssitzung am 17. Juli 2020 begrüßten wir Innenminister Stübgen und Staatssekretär Kandt als Gäste. Eigentlich war der „Antrittsbesuch“ des damals noch neuen Innenministers bereits im März geplant, musste jedoch Corona-bedingt verschoben werden. Innenminister Stübgen zeigte sich optimistisch, dass der Corona-bedingte Einbruch der Wirtschaft rückläufig sei, man aber insbesondere die außerordentliche Steuerschätzung im September abwarten müsse, um die Situation einschätzen zu können. Er gehe aber davon aus, dass man 2021 im Bereich der Polizei im Wesentlichen alles umsetzen könne, was geplant ist.

Stellenzielzahl in der Polizei

Innenminister Stübgen stellte klar, dass die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Ziel-

zahl von 8.500+ weiterhin sein erklärtes Ziel ist. Er sei jedoch wenig optimistisch, dass diese Zahl bis zum Ende der Legislaturperiode erreicht werden könne.

Forderung der GdP:

Es müssen weiterhin alle Anstrengungen unternommen werden, die Zielzahl zu erreichen. Innere Sicherheit darf nicht nach Kassenlage hoch oder runtergefahren werden. Wir haben uns immer noch nicht endgültig von den Speerschen Sparplänen erholt. Wichtig ist ein konsequenter Stellenaufwuchs, um auch die zusätzlich anfallenden Aufgaben (bspw.

die Umsetzung des geplanten Maßnahmenpakets gegen Hasskriminalität und Rechtsextremismus) bewältigen zu können.

Neueinstellungen an der Hochschule

An der Einstellungszahl an der Hochschule der Polizei werde man festhalten. Es gibt eine Übernahmegarantie für die Absolventen, jedoch schafft nicht jeder der 400 Anwärterinnen und Anwärter auch das Studium/die Ausbildung.

Forderung der GdP:

Die Fortschreibung der 400 Neueinstellungen ist absolut notwendig. Die Abbrecherquote, die Entlassungen auf eigenen Wunsch, Wechsel in andere Landespolizeien und vor allem die große Pensionierungswelle stellen uns vor große Herausforderungen. Wir brauchen jeden Anwärter in der Polizei.

Freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit

Innenminister und Staatssekretär machen klar, dass die Polizei auf die Kolleginnen und Kollegen angewiesen sind, die ihre Lebensarbeitszeit verlängern. Etwa 120 Kolleginnen und Kollegen nehmen diese Regelung pro Jahr in Anspruch. Kandt sieht den Bedarf der freiwilligen Verlängerung bis mindestens zum Ende der Legislaturperiode 2024.

Forderung der GdP:

Wir stehen klar für eine flexible Lebensarbeitszeit. Die Einführung der freiwilligen Verlängerung mit einer zusätzlichen Vergütung von 400 € war ein Erfolg der GdP. Wir möchten aber eine Flexibilisierung in beide Richtungen, etwa durch Altersteilzeitregelungen.

Aufstiegslehrgang

Da es einige Irritationen um den Aufstiegslehrgang im Oktober gab, hakten wir nach. Einige Kollege hatten sich mit der Frage an uns gewendet, ob der Aufstiegslehrgang nicht stattfindet, da bis jetzt keine Ausschreibung vorliegt. Für die Kollegen stand nun die Frage im Raum: Beförderung oder Aufstieg. Bei einer Beförderung bestünde die Gefahr, dass sie wieder Jahre brauchen, um eine Beurteilung zu erhalten, die für die Zulassung zum Aufstiegslehrgang ausreicht. Staatssekretär Kandt erklärte, dass ihm die Durchlässigkeit der Laufbahnen sehr wichtig sei und dass die Aufstiegslehrgänge wie geplant durchgeführt werden.

Forderung der GdP:

Unsere Ziele sind weiterhin die zweigeteilte Laufbahn oder mindestens die Einführung des Einstiegsamtes A9.



Präsenzunterricht an der Hochschule

In der derzeit gültigen „Umgangsverordnung“ wird der Mindestabstand von 1,5 Metern für Schulen ab dem 8. August 2020 aufgehoben. Für Universitäten und Hochschulen gilt dies jedoch nicht. Eine Regelung soll in der ersten Kabinettsitzung nach der Sommerpause am 11. August 2020 getroffen werden. Für uns besteht die Problematik, dass die Hochschule der Polizei ihr Semester früher als die allgemeinen Universitäten beginnt. Vorbehaltlich des Infektionsgeschehens betonten Innenminister und Staatssekretär, dass man wieder zum regulären Lehrbetrieb zurückkommen wolle. Trotz der digitalen Möglichkeiten sei der Präsenzunterricht unverzichtbar.

Forderung der GdP:

Wir begrüßen die Rückkehr zum Präsenzunterricht. Natürlich muss das Infektionsgeschehen im Auge behalten und entsprechende Maßnahmen getroffen werden. Auch wenn die Hochschule in der kurzen Zeit ein gutes Online-Angebot für unsere Anwärtinnen und Anwärter auf die Beine gestellt hat, kann der persönliche Kontakt zu den Dozenten und den Kommilitonen nicht ersetzt werden.

Beförderungen

Innenminister Stübgen versicherte: Die 900 Beförderungen für 2020 sind sicher. Wie es in den kommenden Jahren aussehen werde, dazu wollte der Innenminister sich nicht festlegen. Man wisse nicht, was auf uns zukomme, sei es Haushaltssperren oder ein allgemeiner Sparzwang. So könnten die 900 Beförderungen eventuell auf der Kippe stehen. „Wir sind bemüht, dass die Polizei attraktiv bleibt. Wir streben es an.“, so Stübgen. Beförderungen seien ein wichtiger Teil der Wertschätzung der Kolleginnen und Kollegen.

Forderung der GdP:

Wir werden dafür kämpfen, dass wir bei den jährlich 900 Beförderungen und Höhergruppierungen bleiben. Beförderungen sind nicht nur Anerkennung für Leistung. Perspektiven im Berufsleben sind unverzichtbar um Berufszufriedenheit und Motivation zu erreichen. Dauerthema seit 10 Jahren bleibt die Stellenobergrenze im mD. Wir haben noch einmal deutlich gemacht, dass trotz der An-

hebung der Stellenobergrenze auf 70:30, die wir im letzten Jahr durchsetzen konnten, die Abschaffung in Gänze die einzige Lösung für die Zukunft ist.

Verwaltung in der Polizei

Innenminister Stübgen bestätigte den von der GdP seit Langem bemängelten Personal-mangel in der Verwaltung. Bis Oktober solle eine Gesamtanalyse der Stellenverteilung im Präsidium fertiggestellt sein, kündigte Staatssekretär Kandt an. Anhand dieser Analyse werde man dann sehen, wo Verwaltungsstellen für Verwaltungsbeamte und Tarifangestellte geschaffen werden. Diese Stellen gingen jedoch zu Lasten der Gesamtstellenzahl in der Polizei. Ein weiterer Schwerpunkt sei die Personalgewinnung im IT-Bereich. Dieser gestaltet sich auf Grund der Konkurrenz mit der freien Wirtschaft schwer. Hier werden Höhergruppierungen geprüft. Auch für Polizisten sollen verstärkt Qualifizierungen im IT-Bereich stattfinden, um damit insbesondere den Bereich Cybercrime zu stärken.

Forderung der GdP:

Wir haben mit Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, dass der Stellenmangel im Verwaltungsbereich nicht nur ein Problem des Präsidiums ist. Wir brauchen die gleiche Analyse und zeitnahe Veränderungen auch an der Hochschule und beim Zentraldienst. In allen Bereichen ist der Bedarf noch auf die Zielzahl von 7.000 ausgerichtet. Die neue Zielzahl vom 8.500+ ist im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Es ist dringend notwendig, dass für Personal, Ausstattung, Räumlichkeiten die 8.500+ als Grundlage genommen wird. Außerdem wurde von der Kreisgruppe ZDPol gefordert, dass die Einschränkungen bei der Nachbesetzung von Spezialisten vereinfacht wird.

Polizeistruktur

Zu unserer Forderung der Eigenständigkeit des LKA und der Direktion Besondere Dienste sagte Staatssekretär Kandt, dass im Rahmen einer Organisationsüberprüfung geprüft wird, welche rechtlichen, organisatorischen und personellen Auswirkungen eine Eigenständigkeit mit sich bringen würde. Ein Ergebnis soll bis Ende des Jahres vorliegen.

Forderung der GdP:

Brandenburg ist das einzige Land, in dem das LKA nicht eigenständig ist. Wir sind der Meinung, dass die Vorteile einer Eigenständigkeit deutlich überwiegen

Zulagen

Seit Jahren begleitet uns das Thema Bekleidungs- und Fahndungskostenpauschale. Wir haben bereits einen Änderungsvorschlag für die Verwaltungsvorschrift eingebracht. Hier sollte es bald zu einer Entscheidung kommen, um die derzeit inakzeptable Handhabung neu zu regeln. Innenminister Stübgen sicherte zu, sich des Themas anzunehmen, er sei prinzipiell ein Freund von Pauschalen. Ein weiteres Problem, auf das wir den Innenminister aufmerksam gemacht haben, ist die Wechselschichtzulage für Praktikanten. Diese wird den Anwärterinnen und Anwärtern derzeit versagt. Auch hier sagten Innenminister und Staatssekretär eine Prüfung zu. Eine allgemeine Erhöhung von Zulagen, etwa die Wechselschichtzulage oder DUZ sei derzeit schwierig. Wir werden hier dem Innenminister unsere konkreten Vorstellungen zu arbeiten.

Forderung der GdP:

Zeitnahe Änderung der Regelung der Bekleidungs- und Fahndungskostenpauschale. Hier muss ein klarer Personenkreis definiert werden, dem die Pauschale zusteht und diese muss dann als Pauschale ohne weitere Nachweise ausgezahlt werden. Gewährung der Wechselschichtzulage für unsere Kolleginnen und Kollegen im Praktikum. Die Zulage ist nicht abhängig vom Status des Beamten und steht damit auch Beamten auf Widerruf zu. Insgesamt muss die Zulage für Schichtdienstleistende und für Dienst zu ungünstigen Zeiten erhöht werden.

Einheitliche Lebensarbeitszeit

Hier zeigte sich der Innenminister offen. Eine unterschiedliche Lebensarbeitszeit leuchte ihm auch nicht ein, so Stübgen. Jedoch sei es schwierig, dies anzufassen, solange der Personal-mangel besteht.

Forderung der GdP:

Wir fordern die Rückkehr zur einheitlichen



Lebensarbeitszeit. Die Unterschiede zwischen den Laufbahnen sind nicht pauschal nachvollziehbar. Vielmehr muss es Regelungen für jahrelang geleistete Erschwernisse geben, die auf die Lebensarbeitszeit angerechnet werden.

Fazit

Andreas Schuster, GdP-Landesbezirksvorsitzender: „Wir sind froh über die klaren Worte des Innenministers. Wichtig ist, dass wir gemeinsam alle Anstrengungen unternehmen, das Stellenziel schnellstmöglich

AKTUELLES

Polizeipfarrerin stellt sich vor

Maria Diertrich

Auf unserer Landesvorstandssitzung am 16./17. Juli 2020 gab es noch einen zweiten Antrittsbesuch. Polizeipfarrerin Beate Wolf stellte sich nun auch offiziell der GdP vor. Sie hat bereits im Herbst 2019 die Nachfolge von Sven Täuber angetreten. Auch ihr Besuch beim Landesvorstand der GdP war Corona-bedingt verschoben worden.



Foto: Maria Diertrich

Die 1965 in Berlin – Prenzlauer Berg geborene Beate Wolf war vor ihrem Einstieg bei der Polizei elf Jahre Seelsorgerin im Justizvollzug. Neben der JVA in Wulkow betreute sie eine Gemeinde im Norden von Berlin. Sie ist aus tiefer Überzeugung Polizeiseelsorgerin geworden. Ihre Erfahrungen, die sie zu DDR-Zeiten gemacht hat, ha-

ben sie tief geprägt und sie habe größten Respekt vor der Polizei, die Recht, insbesondere das Recht auf Meinungsäußerung, durchsetzt.

70 % ihrer Arbeit macht der Ethikunterricht an der Hochschule der Polizei aus. Das ist auch den hohen Einstellungszahlen geschuldet. Mittlerweise sind zeitgleich über 1.000 Anwärtinnen und Anwärter an der Hochschule.

Frau Wolf sieht den Schwerpunkt ihrer Arbeit jedoch insbesondere im persönlichen Kontakt mit den Kollegen, die in irgendeiner Form ihre Hilfe benötigen. Das sind vor allem Krisengespräche zur Erstintervention nach belastenden Einsätzen. Aber auch in Konfliktsituationen mit Kollegen oder Vorgesetzten oder bei privaten Problemen ist sie Ansprechpartnerin. Verschwiegenheit ist dabei ihr oberstes Gebot.

Eine weitere Aufgabe umfasst Weiterbildungen im Bereich Kommunikation.

Zwar sei die allgemeine Akzeptanz der Arbeit von Seelsorgern in der letzten Zeit kontinuierlich gestiegen, jedoch sei immer noch viel Aufklärungsarbeit nötig. Frau Wolf hat sich zur Aufgabe gemacht, alle Polizeiinspektionen zu besuchen und sich persönlich bei Führungskräften vorzustellen.

Wir wünschen Frau Wolf viel Erfolg in ihrer – nicht mehr ganz so neuen – Funktion und werden im engen Kontakt zu ihr bleiben. ■

Nachruf

Anita Kirsten

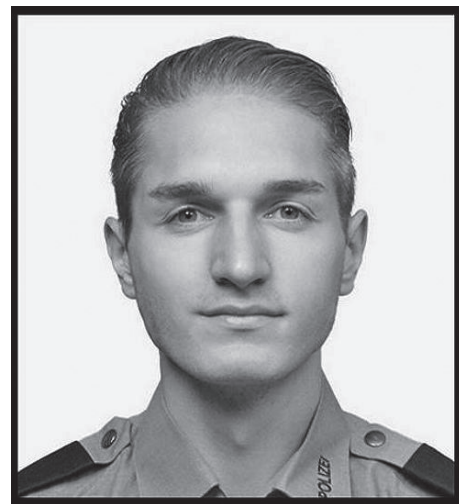


Foto: HPOI

Die Kreisgruppe HPOI trauert um ihren Anwärter Stephan Kiehl.

Mit großer Bestürzung haben wir von dem Tod unseres jungen Kollegen POMA Stephan Kiehl erfahren. Plötzlich und unerwartet verstarb der erst 19-jährige Kollege am 16. Juli 2020.

Als Polizeiobermeisteranwärter stand er noch ganz am Anfang, sowohl seines Lebens als auch seiner polizeilichen Laufbahn.

Auch wenn in unserem Beruf der Tod ein ständiger Begleiter ist, ist es dennoch immer wieder unfassbar traurig und tragisch, wenn ein Kollege oder eine Kollegin zu Grabe getragen werden muss.

Es bleibt die Erinnerung an einen lieben Menschen und damit seine Unsterblichkeit.

Unser tief empfundenes Beileid sowie unser aufrichtiges Mitgefühl gilt seiner Lebensgefährtin, seiner Familie, Freunden als auch Kolleginnen und Kollegen.

Anita Kirsten
Kreisgruppe HPOI



AKTUELLES

Zwei Urgesteine der Brandenburger Polizei verabschiedet

Maria Dietrich

Die 2. Einsatzhundertschaft in Oranienburg gab am 30. Juli 2020 ihrem Chef eine gebührende Verabschiedung in den Ruhestand. Mit Krad Eskorte und Blaulicht wurde Andre Haufe und seine Familie auf dem Gelände der Hochschule begrüßt.



Foto: M. Zalkowski

Andre Haufe war über 20 Jahre Hundertschaftsführer der 2. EHu, erst in Potsdam, dann von 2000–2020 in Oranienburg und in allen Bereichen sehr geschätzt und beliebt. Zwischenzeitlich war er außerdem Leiter des Stabsbereichs FEM und Sachgebietsleiter Einsatz in Potsdam. GdP-Landesvorsitzender Andreas Schuster würdigte sein jahrzehntelanges Engagement für die GdP. Andre Haufe war zum 1. Januar 1990 aus tiefster Überzeugung in die Gewerkschaft eingetreten und damit Gründungsmitglied der GdVP und der GdP. Er brachte sich von Anfang an aktiv ein. Er war lange Vorsitzender des GdP-Landesfachausschusses Bereitschaftspolizei und ein sehr aktives Mitglied im GdP-Bundesfachausschuss Bereitschaftspolizei.

Die Dienstvereinbarung Einsatzdienstzeit haben wir ihm mitzuverdranken. Mit dieser Dienstvereinbarung haben wir seit Jahren in Brandenburg die

bundesweit beste Regelung zur 1:1 Anrechnung von Zeiten bei Großeinsätzen. Auf Bundesebene hat Andre Haufe zuletzt maßgeblich am GdP-Positions-papier Bereitschaftspolizei mitgearbeitet. Im Rahmen der Feierlichkeiten wurde auch gleich der Staffelstab an seinen Nachfolger, Lars Kirsten übergeben. Wir wünschen Andre Haufe für seinen wohlverdienten Ruhestand alles Gute und seinem Nachfolger einen guten Start und viel Erfolg!

Gleich am nächsten Tag fand die Verabschiedung eines weiteren Urgesteins der Polizei Brandenburg statt.

„Macht nicht so viel Scheiß, wenn ich weg bin!“ Mit diesem Satz, mit dem sich Hans-Dieter Fuths immer in den Urlaub verabschiedet hat, verabschiedete er sich nun in seinen Ruhestand.

Hans-Dieter Fuths kam 1996 zur Brandenburger Polizei, nach Verwendungen u.a. bei der Bundeswehr und dem Nato-Hauptquartier. Im Referat 43 des Ministeriums des Innern war er maßgeblich an der Entwicklung der Personalentwicklungskonzeption beteiligt und war zeitweise auch Mitglied



Foto: Redaktion

des Personalrates des Ministeriums. Seit 2011 war er Leiter Stab 3 im Polizeipräsidium und dort als „die graue Eminenz“ und „der Pate“ bekannt. Es war seine undankbare Aufgabe, als Personalleiter den Personalmangel in der Polizei gerecht im Land zu verteilen. Seine Kollegen und Weggefährten lobten bei seiner Verabschiedung sein riesiges Engagement für die Polizei Brandenburg, sein enormes Fachwissen und seine ihm ganz eigene Mentalität.

Andreas Schuster dankte ihm für sein großes Engagement in der GdP. 1997, kurz nach seinem Eintritt in die Brandenburger Polizei war er auch GdP-Mitglied geworden. Er war jahrelang Vorsitzender des GdP Fachausschusses Beamten- und Besoldungsrecht und großer Verfechter der Einführung von Regelbeförderung und Funktionsbewertung.

Wir wünschen Hans-Dieter Fuths für seinen Ruhestand alles Gute und ein sicheres Händchen beim Perfektionieren seines Golfspiels! Wir freuen uns sehr, dass er auch nach dem Eintritt in seinen Ruhestand die GdP weiter aktiv unterstützen wird! ■

BILDUNGSWERK

JETZT ANMELDEN!

SEMINARE AKTIV IM RUHESTAND
21.-22.09.2020 28.-29.09.2020

Hotel Waldhaus Prieros

... begrenzte Platanzahl ...

nützt die Online-Anmeldung bzw. das Anmeldeformular (PDF) unter www.gdp.de/Brandenburg
Rückfragen gem. auch über die Kreisgruppen, die Teamer und die Geschäftsstelle Telefon: 0331 / 747 320

GdP-BILDUNGSWERK
Brandenburg e.V.

Foto: Timo Schubert